

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bot-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

33. Jahrgang.

N. 87.

Dienstag, den 27. Juli

1886.

Im Monat Juni er. betrogen die im Hauptmarktorde Zwidau für den  
Lieferungsverband der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft maß-  
gebenden Durchschnittspreise für Fournageartikel

7 M. 50 Pf. für 50 R. Hafer,  
4 = 25 = = 50 = Getreide  
2 = 25 = = 50 = Stroh.

Anordnungsgemäß wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Schwarzenberg, am 22. Juli 1886.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Führ. v. Wirsing.

St.

### Obererzgebirg. Frauenschule Schwarzenberg.

Nach dem Schlusse der Sommerferien, am 9. August l. J., findet Auf-  
nahme für sämtliche Kurse statt. Anmeldungen werden an die 1. Lehrerin,  
Fräulein Barnhagen, Carlstädterstr. Nr. 120, woselbst auch Prospekte und  
weitere Auskunft zu erhalten ist, erbeten.

Schwarzenberg, den 24. Juli 1886.

### Das Localpatronat.

Führ. v. Wirsing.

### Das neue englische Ministerium.

England hat von jeher für das Musterland des  
Parlamentarismus gegolten und konnte auch als sol-  
ches gelten, solange seine Volksvertretung sich in nur  
zwei große Parteien spaltete, in Tories und Whigs,  
Konservative und Liberale. Man hat bei dieser Be-  
zeichnung aber keineswegs an die gleichbenannten  
Parteien in Deutschland zu denken. Früher war es  
in England selbstverständlich, daß die Grundbesitzer  
und die Landbevölkerung konservativ, die Städter da-  
gegen liberal wählten. Nachdem aber Gladstone mit  
seinen Wahlreformen durchgedrungen und damit den  
Bestand der Parteien verändert hatte, änderte sich  
auch die alte Schablone und man kann im Großen  
und Ganzen sagen: heute wählen in England die  
Städter konservativ, die Bauern dagegen liberal. So  
hat beispielsweise Gladstone seine jüngste Wahl-  
niederlage fast ausschließlich den Städtern zu verdanken.

Indessen auch in einem andern sehr wesentlichen  
Punkte hat sich seit etwa 1870 das Bild des eng-  
lischen Parlamentarismus geändert. Erstens sind die  
irischen Abgeordneten weit zahlreicher geworden und  
zweitens hat sich die liberale Partei mehrfach gespalten.  
Zwar haben sich die Demokraten noch nicht direkt  
abgezweigt und dies ist hauptsächlich das Verdienst  
Gladstones, der selbst als Demokrat gelten muß;  
dennoch aber hat der demokratisch gefinnte Theil der  
Liberale zu verschiedenen Malen gegen ein liberales  
Ministerium gestimmt und noch weit wesentlicher ist,  
daß sich seit der Vorlage der irischen Reformpläne  
Gladstone nahezu ein Drittel der liberalen Partei  
von letzterer abgesondert hat, um die irische Politik  
Gladstone zu bekämpfen.

So ist denn zum zweitenmal der Fall eingetreten,  
daß keine Partei im Parlamente die Mehrheit erlangt  
hat. Die beiden gegen Gladstone gewählten Parteien,  
die Konservativen und die Unionisten, sind nur im  
Punkte der Gegnerschaft gegen die Gladstoneschen  
irischen Projekte einig; im Uebrigen werden sie kaum  
in irgend einer wichtigen Frage zusammengehen können.  
Da nun vorläufig die irischen Pläne des zurückge-  
tretenen Gladstone gar nicht mehr in Frage kommen,  
so ist jene Uebereinstimmung zwischen Konservativen  
und Unionisten selbst in diesem Punkte ohne realen  
Werth.

Die Aufgabe, ein neues Ministerium zu bilden,  
ist dem Führer der durch die Wahlen stärksten Partei,  
Lord Salisbury, zugefallen. Das von ihm zu bildende  
Kabinet ist aber nur ein Verlegenheitsministerium,  
welches auf dem Gebiete der inneren Politik darauf  
angewiesen sein wird, von der Hand in den Mund  
zu leben und die Entscheidung über wichtige Fragen  
so lange als möglich zu verschieben. Denn sowie  
es eine solche Frage zur Entscheidung bringt, muß  
es fallen und jedes folgende Kabinet wird fallen,  
bis entweder eine Partei wieder die absolute Mehr-  
heit besitzt oder man in England, was natürlich nicht  
anzunehmen ist, mit dem Prinzip des starren Parla-  
mentarismus bricht.

In der auswärtigen Politik wird Salisbury seine  
frühere Haltung wieder einnehmen und das wird ihm  
um so leichter werden, als Gladstone in der letzten  
Zeit nach auswärts hin einigermaßen Energie gezeigt  
hat! Allerdings waren ihm bei der Datumfrage be-  
reits durch den Wahlausfall die Hände gebunden.  
Aber auswärtige Fragen beeinflussen die englischen  
Wähler nicht. Disraeli kam seiner Zeit triumphirend  
vom Berliner Kongresse zurück, ein Jubelempfang ohne

Gleichen wurde ihm in England zu Theil, aber trotz-  
dem ließ man ihn, seiner inneren Politik wegen, bei  
den nächsten Wahlen fallen. Die größten Schwierig-  
keiten wird dem Kabinet Salisbury die Behandlung  
der irischen Frage bereiten. Die Selbstständigkeit  
Irlands („Homerule“, heimische Regierung), wie sie  
von Parnell angestrebt und von Gladstone vorge-  
schlagen wurde, ist durch den Wahlausfall von der  
Mehrheit der englischen Wähler verworfen worden.  
Für Zwangsmaßnahmen gegen Irland zur Unterdrück-  
ung der agrarischen Verbrechen sind zwar die Konser-  
vativen, nicht aber die „Unionisten“, welche ihrerseits  
eine Politik des Entgegenkommens gegen Irland wollen,  
für die aber die Konservativen nicht zu haben sind.

Der Führer der Iren, Parnell, hat es mithin  
völlig in der Hand, die ganze Gesetzgebungsmaschine  
Großbritanniens ins Stocken zu bringen, und wie  
man ihn kennt, wird er diese Gelegenheit nicht ungen-  
utzt vorübergehen lassen; zudem werden die Mord-  
thaten und Brandstiftungen auf der grünen Insel  
beginnen und so lange andauern, bis im Parlamente  
die eine oder die andere Ansicht die absolute Mehr-  
heit gewinnt: nämlich entweder, ob Irland durch  
starken Zwang zur Ruhe gebracht werden kann, oder  
ob man die irischen Wünsche auf „Homerule“ be-  
friedigen soll.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die mit dem preussischen  
Finanzministerium in Fühlung stehenden „B. Pol.  
Nachr.“ versichern, im Gegensatz zu einer Meldung  
des „Hamb. Korr.“, daß die Reichsregierung diesem  
Reichstages keinesfalls eine neue Branntwein-  
steuervorlage machen werde. Die erwähnte  
Correspondenz bestimmt den Standpunkt der Regierung  
dahin, „daß dieselbe abwarten müsse, bis die Wähler  
sich über die Bedürfnisfrage klar werden und durch  
ihre Wahlen ein Parlament schaffen, das für die  
Erfordernisse einer nationalen Politik in jeder Hin-  
sicht Empfänglichkeit und Einsicht besitze.“

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Ver-  
ordnung, betreffend die Errichtung einer besonderen  
Kommission für die Herstellung des Nord-  
Ostsee-Kanals, sowie eine weitere Verordnung,  
durch welche der Gouverneur für das Kamerun-  
gebiet, der Kommissar für das Togogebiet und der  
Kommissar für das südwestafrikanische Schutzgebiet,  
jeder für den ihm unterstellten Amtsbezirk, ermächtigt  
werden, auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung  
des Zoll- und Steuerwesens Verordnungen zu erlassen.

— Die in Rissingen stattfindende Begegnung  
des Fürsten Bismarck mit dem Grafen  
Kálnoky ist ein weiteres erfreuliches Anzeichen für  
den Fortbestand des deutsch-österreichischen Friedens-  
bundes. Wenn darüber hinaus diesem Ereigniß viel-  
fach eine ganz besondere politische Bedeutung beige-  
messsen worden ist, so wird diese Anschauung in un-  
seren diplomatischen Kreisen nicht getheilt. Eine weit  
größere Bedeutung, als dieser seit vielen Jahren wie-  
derkehrenden Begegnung, legt man dem später folgen-  
den Besuch des russischen Ministers v. Giers in Kis-  
singen bei. Man erblickt darin ein Zeichen von der  
Fortdauer guter Beziehungen zwischen Deutschland  
und Rußland und veranschlagt dies um so höher, als  
verschiedene Ereignisse der jüngsten Zeit zu manchen  
Bedenken in dieser Richtung Anlaß gegeben haben.

— Es war verbreitet worden, daß die übliche  
militärische Besichtigungstour des deutschen  
Kronprinzen nach Bayern in diesem Jahre unterblei-  
ben werde. Auch bayerische Blätter brachten die  
Nachricht, die „Augsburger Abendztg.“ sogar mit der  
Hinzufügung, daß in dieser Beziehung mündliche Ab-  
machungen zwischen dem Kaiser und dem Prinz-  
Regenten erfolgt sein sollen. Die Meldung stellt sich  
als durchaus unbegründet heraus. Nach den bisher  
getroffenen Reisebestimmungen wird sich der Kron-  
prinz, der „Magd. Ztg.“ zufolge, in den ersten Tagen  
des Monats September nach Bayern begeben, wird  
am 12. September als Vertreter seines kaiserlichen  
Vaters der silbernen Hochzeitfeier des hohenzollern-  
schen Fürstenpaares in Sigmaringen beiwohnen und  
sich von dort zu den Kaisermandern nach dem Elsaß  
begeben. Eine Aenderung in diesen Bestimmungen  
ist nicht wahrscheinlich.

— Frankreich. Die französische Politik  
würde jetzt, nachdem die Sommerferien des Parla-  
ments eingetreten sind, Herr Grepp nach dem Jura  
zur Kaninchenjagd gereist ist und die meisten Diplo-  
maten Paris verlassen haben, in einen zeitweisen  
Ruhestand versetzt sein, wenn... Boulanger nicht  
wäre. Anlässlich seines Duells ist ihm eine von  
15,000 Unterschriften bedeckte Adresse überreicht wor-  
den, die von den Zeitungen lebhaft besprochen wird.  
Einige schüchterne Stimmen fragen schon, was denn  
Herr Boulanger eigentlich Hervorragendes geleistet  
habe, daß man ihn so überschwenkelig feiere.

— Rußland. Die preussischen Ausweis-  
ungen finden russischerseits Widerhall. So sind  
am 1./13. Juli — wie bereits im Winter einmal  
geschehen — bei der Großen russischen Eisenbahn  
auf der Strecke von Petersburg bis Wirballen ca.  
58 bei der Bahn beschäftigte Arbeiter, Maschinisten  
u. s. w., von denen die meisten bereits seit mehreren  
Jahren in den russischen Unterthanenverband sich  
hatten aufnehmen lassen, ihrer Stellen für verlustig  
erklärt worden. Gründe sind weiter nicht angegeben.  
Diesbezügliche Vorstellungen höhern Orts in Peter-  
burg sollen zu keinem Resultate geführt haben. Es  
soll der Distanz-Chef in Wilna ein geschworener  
Feind des Deutschtums sein und die Initiative zu  
diesen Entlassungen gegeben haben.

— Für das Königreich Serbien wird eine  
Verfassungsänderung angekündigt. Beim Em-  
pfange der Skupschtina soll der König Milan geäußert  
haben, wenn die Volksvertretung durch einmütige  
patriotische Thätigkeit und Förderung der Staats-  
interessen dahin gelange, über ihre Partei-Zwistigkeiten  
sich hinwegzusetzen, und wenn sich dabei die Noth-  
wendigkeit einer Abänderung der Verfassung heraus-  
stelle, so werde er, dem die jetzige Verfassung unter  
der Regentschaft gleichsam aufgedrungen worden sei,  
eine solche Abänderung nicht verhindern.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Johannegeorgenstadt, 24. Juli. Trotz  
einer vielfach verbreiteten, aber gerade lächerlichen  
Zeitungsnaechricht, nach welcher hier und auf noch  
höher liegenden Punkten des Erzgebirges in den  
letzten Wochen eine derartige Temperatur geherrscht  
habe, daß Pelze und Winterüberzieher aus  
den Schränken wieder hervorgeholt und in Ver-  
wendung genommen worden seien, hat sich unsere  
Gegend eines bedeutenden Touristenver-  
kehrs zu erfreuen. Die in den hiesigen Gasthäu-  
fern einkehrenden Fremden erzählen nicht von „Pel-